



Weitere Themen:

Kein Mehrgenerationenplatz in Denstorf – „Danke SPD“	2
Europawahl 26.05.2019: Jede Stimme ist eine Stärkung Europas	3
Notizen: Gemeindeentwicklung / Grundsteuer	3
Pflege: 13000 neue Pflegestellen – reicht das?	4

CDU Gemeindeverband
Vechelde

www.cdu-vechelde.de

Straßenausbaubeiträge abschaffen: Protest schafft Bewegung = Erfolg möglich!?

Das Thema „Anliegerbeiträge bei Ausbaumaßnahmen an Gemeindestraßen“ sorgt vielerorts in Deutschland für heftige Diskussionen. So wurde z.B. in Mecklenburg-Vorpommern auf massiven Druck der Bürger durch die Landesregierung diese Regelung ab 2020 abgeschafft. Auch zahlreiche Gemeinden in Niedersachsen haben sich nach entsprechendem Aufbegehren der Einwohner zu diesem Schritt entschlossen. Nur die Gemeindeverwaltung mitsamt der SPD-Fraktion eines Ortes westl. von Braunschweig leistet(e) Widerstand.



Demonstrationen in Vechelde gegen die Straßenausbaubeitragsatzung am 29.04. und am 06.05.2019 mit insgesamt rd. 450 Teilnehmern.

Erfolgreicher Druck durch Bürgerinitiative? Nachdem die Pläne zu kommenden kostenpflichtigen Straßenbaumaßnahmen bekannt wurden bildete sich in Sierße um Klaus Jurczyk eine Bürgerinitiative (BI) „Weg mit der Strabs“. Neben einer laufenden Petition kam es auch zu 2 Demonstrationen die jeweils in Sitzungen von Gemeindevertretern in deren Sitzungssaal endeten.

Zaghafte Bewegung bei Verwaltung und SPD

Im Nachgang zeigt sich, dass die Bürgeraktionen einen Teilerfolg erzielten. Mehrfach wurde durch Bürgermeister Ralf Werner betont, dass kostenpflichtige Straßenausbaumaßnahmen nur durchgeführt werden, wenn die betroffenen Anlieger diesen zustimmen.

Von der SPD-Fraktion wurde auch eine Initiative angekündigt, die Anteile für die Anlieger zu senken und zusätzlich Zahlungserleichterungen anzubieten. Wobei **die Senkung der Anteile eher symbolischer Natur** ist: 50 statt 75% bedeuten statt 45.000€ immer noch 30.000€. Verteilt auf 10 Jahre sind dies (zinslos) immer noch 250€ pro Monat.

CDU-Fraktion will Ausbaubeiträge abschaffen

In der Sitzung am 07.05.2019 hat die CDU-Fraktion beschlossen, einen Antrag im Gemeinderat zu stellen, die Straßenausbausatzung sofort ersatzlos abzuschaffen.

Hierzu gehört folgender Rahmen:

- In den folgenden 5 Jahren werden grundsätzlich keine Straßenausbauten durchgeführt. Sollte dies dennoch aus zwingenden Gründen erforderlich sein, trägt die Gemeinde die vollen Kosten.
- In dieser Zeit wird durch die Verwaltung und den Rat geprüft, in welchem Umfang eine Kompensation von dritter Seite erfolgt oder ob ein gemeindliches Alleinfiananzierungskonzept entwickelt werden muss.

Trotz aller Emotionen in den Diskussionen gilt: Es ist aus unserer Sicht die politische Verpflichtung von Verwaltung und Gemeinderat mit Forderungen von Einwohnern konstruktiv und dialogorientiert umzugehen. [UF]

Sicht der Einwohner ist maßgebend! Seitens des CDU-Gemeindeverbands waren Straßenausbaubeiträge sowohl in Veröffentlichungen als auch beim diesjährigen Braunkohlessen ein Thema. Ziel war, die Diskussion einzuleiten und ein breites Meinungsbild zu erhalten, wie die derzeitige Regelung bei den Einwohnern gesehen wird.

Es wurde schnell deutlich, dass die derzeitige Regelung als ungerecht empfunden wird und in vielen Fällen die Beiträge von den Anliegern (Rentner) nicht mehr getragen werden können (u.a. Gespräch der Fraktion mit der BI).

Anliegerbeiträge sollen abgeschafft werden. Wir als CDU in Vechelde sehen die Möglichkeit, die Satzung sofort abzuschaffen ohne den Gemeindehaushalt zu sehr zu belasten (Ausbaumaßnahmen werden vom Grundsatz für 5 Jahre ausgesetzt – s. Kasten). Dies verschafft Zeit die wirkliche Belastung des Gemeindehaushalts durch Straßenbaumaßnahmen zu ermitteln und Finanzierungsalternativen zu den Anliegerbeiträgen zu erarbeiten.

Natürlich soll über die Arbeitsergebnisse informiert und ggf. auch öffentlich diskutiert werden. [FW]

Kein Mehrgenerationenplatz in Denstorf – „Danke SPD“



Denstorf soll einen Mehrgenerationen-Platz erhalten. Dies war der Plan von Ortsbürgermeister Enrico Jahn zusammen mit der CDU-Ortsratsfraktion. Ein entsprechender Antrag wurde am 24.04. in den Ortsrat eingebracht. Statt der geplanten Wohnbebauung sollte auf der Freifläche neben der neu geplanten KiTa-Denstorf am Mölderweg ein Mehrgenerationenplatz mit

- Bewegungsparcours
- Grillplatz mit Unterstand
- Outdoortischtennisplatte und Basketballkorb
- Streuobstwiese.

entstehen. Dies begründet sich für die CDU-Ortsratsfraktion durch die zunehmende Zahl junger Familien, die in die Neubaugebiete gezogen sind oder ziehen werden. Auch soll ein solcher Mehrgenerationenplatz ein Sammelpunkt sein, wo man generationenübergreifend zusammenkommt, um seine Freizeit in der dörflichen Gesellschaft zu verbringen.

Da dieser Antrag in dieser Form keine Mehrheit im Ortsrat fand wurde lange um einen Kompromiss mit den anderen Fraktionen gerungen.



Vision für Denstorf / Klein Gleidingen:

Mehrgenerationenplatz neben der neuen Kindertagesstätte



Die Entwicklung sozialer Lebendigkeit benötigt Möglichkeiten der zwanglosen Kommunikation. Leider sind die Elemente, die dies in der Vergangenheit ermöglichten heute weitgehend verschwunden:

- der Dorfbrunnen / Dorfplatz
- die Dorfwirtschaft
- der Kramladen / der Bäcker oder der Fleischer

Die heutigen Dörfer in der Nähe von großen Städten sind vielfach zu unpersönlichen Schlaforten degeneriert. Man wohnt dort; hat aber keine vertiefte soziale Bindung.

Zusammen mit den Grünen wurde dann ein Antrag formuliert, wonach die Freifläche zusammen mit den Einwohnern als Naturraum gestaltet werden soll, der bei Bedarf auch Freizeitaktivitäten ermöglichen kann.

Dieser Antrag zur Errichtung eines Naturraumes wurde dann am 25.04.2019 in den Umwelt- und Planungsausschuss eingebracht. Eine inhaltliche Debatte fand nicht statt. Seitens der SPD wurde durch Herrn Marotz erklärt, dass es die Haushaltslage nicht zuließe auf Nettoeinnahmen von über 200.000€ zu verzichten. Mittel für zusätzliche Investitionen (um den Platz wie beantragt herzurichten) seien erst recht nicht vorhanden. Zudem könne diesem Antrag nicht zugestimmt werden, da dieser rein „politischer Natur“ sei.

Der Vorschlag, vor einem Beschluss noch einmal mit dem Ortsrat zusammen mit den Einwohnern zu beraten, wurde vom Tisch gewischt.

Mit den Stimmen der **SPD-Fraktion** des Ausschusses wurde der **Antrag** des Ortsrats Denstorf / Klein Gleidingen dann **abgelehnt**. [EJ]



Geräte (Fa. Playfit Hamburg) für einen Bewegungsparcour (aus ZeitZeichen Sept. 2017)

Lebendige Dörfer?

Ein Dorf bzw. Ort ist nicht nur lebendig, solange Menschen dort wohnen; es gilt vielmehr: die Lebendigkeit eines Dorfes ergibt sich aus der Ausprägung sozialer Elemente wie die sozialen Verhaltensweisen, das soziale Engagement seiner Bewohner, das soziale und kulturelle Leben im Dorf, seine Ausprägung als Dorf- und Verantwortungsgemeinschaft.

Es ist schon Aufgabe der jeweiligen Verwaltung bzw. der örtlichen Politik dafür zu sorgen, dass trotz intensiven Neubaus sich weiterhin stabile soziale Strukturen entwickeln können.

Grundlage sind Einrichtungen, in denen Menschen sich begegnen können, wie z.B. dieser Mehrgenerationenplatz.

Andererseits liegt es auch an den Anwohnern, sich für solche Einrichtungen zu engagieren, speziell diese in einem guten Zustand zu halten und Vandalismus nicht zuzulassen. [FW]

Europawahl 26.05.2019: Jede Stimme ist eine Stärkung Europas

Es ist schon eine besondere Sache mitzuerleben, wie nach vielen Jahrhunderten Staaten, Nationen und Länder versuchen sich unter der Überschrift „EUROPA“ zusammenzufinden. Gemeinsam sind wir stark!

Nach vielfältigen Spannungen und schrecklichen Kriegen mit unzähligen Verletzten und Millionen Toten folgen nun versöhnliche Schritte aufeinander zu, intensive Bemühungen um ein vertieftes gemeinschaftliches Miteinander und hoffnungsvollen Schritten für ein gemeinsames europäisches Handeln.

Sicher, nicht alle Vorhaben gelingen beim ersten Anlauf, schaffen nicht sofort einen voll funktionierenden, tragbaren Staatenbund und nur freundliche lachende Gesichter von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, aber Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden!

„Gut Ding will Weile haben!“ wie der Volksmund so treffend sagt.

Wir sind gefordert, die Chance für ein gemeinsames und starkes Europa nicht aus den Augen zu verlieren. Dazu ist jeder Einzelne von uns ständig aufgefordert, das gemeinsame Ziel konsequent zu verfolgen. Ein Brexit darf uns nicht aus der Spur werfen, sondern sollte uns – besonders nach den Erfahrungen der letzten Monate – verstärkt ermuntern, uns im Sinne eines starken Europas in den Dienst der Sache zu stellen und mindestens am 26. Mai 2019 zur Europawahl zu gehen, vielleicht auch, um unsere Kandidatin Martina Sharman zu wählen, die sich dann nach erfolgreicher Wahl für Europa einbringen will. [HWF]

Unsere Kandidatin für das Europaparlament



Martina Sharman (Bachelor of Science); Spitzenkandidatin zur Europawahl des CDU-Landesverbands Braunschweig; geboren 1967; seit 2013 wohnhaft in Wolfenbüttel; Abteilungsleitung im Klinikum Wolfenbüttel; verheiratet, zwei Kinder

Die größte Errungenschaft in der Geschichte Europas ist der seit über 70 Jahren anhaltende Frieden in einer Gemeinschaft von derzeit 28 Staaten, die fast 500 Mio. Bürger umfasst.

So u.a. Martina Sharman auf ihrer Web-Site <https://www.martina-sharman.eu/#start>

Grundsteuer: Diskussion auf Kreisverbandsebene

Gemeindeentwicklung: Wohnen und Gewerbe

Wie angekündigt wurden die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde zu Wohnen und Gewerbe im Umwelt- u. Planungsausschuss vorgestellt. Zielhorizont war das Jahr 2030.

Nach den Richtzahlen für Wohnentwicklung sowie dem derzeit geltenden Flächennutzungsplan des Großraumverbandes für Vechede stellt sich die Situation wie folgt dar

- bis zu 612 Wohneinheiten (WE) können bis 2030 im Gemeindegebiet errichtet werden
- der Flächenbedarf dafür liegt bei etwa 46 ha
- rd. 260 der 612 WE würden im Bereich Vechede / Wähle entstehen
- Flächen für Gewerbe stehen in Denstorf (B1/K52) und westlich von Vechede (B1/B65) zur Verfügung
- größere Flächen für Wohnentwicklung in den Ortsteilen stehen kaum mehr zur Verfügung bzw. sind bereits als Baugebiet ausgewiesen.

Die Unterlagen zu dieser Untersuchung stehen jetzt zur Verfügung und sollen in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschuss (geplant Ende Juni) allgemein auch unter Bürgerbeteiligung beraten werden. [FW]

Aktionskreis 3i zur Neufassung der Grundsteuer

Thema der letzten Sitzung war die Neuregelung der Grundsteuer. Aus Sicht des Aktionskreises soll als Grundlage für die Grundsteuer das Bodenwertmodell herangezogen werden (Grundstücksgröße / Bodenrichtwert). Dies Verfahren ist einfach und ohne zusätzlichen Aufwand zu realisieren.

Ein entsprechender Antrag soll auf dem Kreisparteitag der CDU Peine zur Diskussion gestellt und beschlossen werden. Näheres zur Arbeit des Aktionskreises ist auch unter www.cdu-vechede.de > Kommunalpolitik > Aktionskreis 3i zu finden.

Der **Aktionskreis 3i - ideen, impulse, innovationen** - ist eine Initiative innerhalb des CDU-Kreisverbandes Peine. Hier werden aktuelle politische Themen diskutiert. Dabei steht kritisches Hinterfragen und konstruktives Mitgestalten im Vordergrund. Der Aktionskreis richtet sich an alle Menschen (auch Nichtmitglieder), die politisch mitarbeiten möchten. Das nächste Treffen ist am 25. Juni 2019 um 19.00 Uhr zum Thema: „**Was muss für die Pflege getan werden?**“

Weitere Informationen zur Veranstaltung sind bei der CDU-Geschäftsstelle Peine – Freiligrathstr. 4, 31224 Peine - Tel. 05171 / 15033 erhältlich. [HWF]

Pflege: 13000 neue Pflegestellen – reicht das?

Große Zahlen, die meist mit einer positiven Zielsetzung, mit wirkungsvollen, begleitenden Versprechungen ergänzt werden, werden schnell mit Hoffnungen verbunden und lösen bei vielen Menschen oft ein zustimmendes Kopfnicken aus. Deshalb werden derartige Äußerungen gern in der Politik eingesetzt, über die Medien verbreitet und ins Gespräch gebracht.

„5,7 Mrd. Euro für die digitale Ausstattung unserer Schulen“, „5 Mrd. für die Bildung“, „3000 neue Stellen für die Polizei“ oder eben „13.000 neue Stellen in der Pflege schaffen“.

Das ist doch was!?

Bei unserem landesweit diskutierten bereits bestehenden und prognostizierten zukünftigen Pflegenotstand klingen die Worte unseres Gesundheitsministers Spahn wie Musik in unseren Ohren, obwohl es beim aktuellen Personalversorgungsstand vor Ort um weit höhere Defizite geht, die versprochenen Stellen bei dem Fachpersonalmangel gar nicht besetzt werden können, und schon seit längerer Zeit der vielfache Bedarf dringend erforderlich ist, wenn auch die Entlohnung nicht gerade als erstklassig bezeichnet werden kann, die Ausbildungsplätze zu wenig vorhanden sind, die Motivation, einen Pflegeberuf zu ergreifen, deutlich gesteigert

werden muss und Förderung und Unterstützung durch die Kommunen vor Ort weiter entwickelt werden sollte. Auch die Bewusstmachung der Öffentlichkeit für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung für die Fürsorge für die hilfsbedürftigen Mitmenschen und das Einstehen für die aktiv pflegenden Angehörigen und hauptamtlich tätigen Hilfskräfte muss deutlich verstärkt werden.

13.000 Planstellen für die notwendige Pflege und die dafür erforderliche Summe in EURO sind sicher mehr als gar nichts und nicht falsch, aber so ohne begleitende und ergänzende Aktivitäten wird diese „große Zahl“ samt der vorhandenen Finanzen schnell zu einer „Luftnummer“ und zerstört die keimenden Hoffnungsansätze und lässt eher Enttäuschungen und Misstrauen entstehen.

Das schadet mehr, als das es hilft!

Wir alle sind zur Zeit - trotz Zusagen von größeren finanziellen Summen und offiziellen Verlautbarungen – dringlich aufgefordert, den personellen Bedarf in der Pflege einzufordern, uns selbst ehrenamtlich einzubringen bzw. eine kräftige Stimme für diesen Aufgabenbereich in der Öffentlichkeit erklingen zu lassen. [HWF]

Rahmenkonzept: Hilfe im Alter

Unsere Gesellschaft wird älter. Damit steigt aber auch die Zahl der Menschen, die nicht mehr alle Dinge des täglichen Lebens selbst erledigen können. Dies beginnt meist mit Einschränkungen in der Mobilität bzw. beim Umgang mit Behörden / Institutionen; Dinge also, die ein Pflegedienst nicht leistet / leisten kann. An vielen Orten bilden sich inzwischen private Vereine zur gegenseitigen (ehrenamtlichen) Hilfe in dieser Situation. Es kann aber nicht die Lösung sein, dass Unterstützung einer zufälligen Initiative überlassen bleibt.

Deshalb: Analog zur „freiwillige Feuerwehr“ wird ein Organisationrahmen einschl. Sachmittel zur Verfügung gestellt; die (Arbeits-)Leistungen erfolgen über ehrenamtlich tätige Menschen.

Es ist ein Nachempfinden von Großfamilien sowie örtlicher Gemeinschaft: gegenseitige (ehrenamtliche) Hilfe. Damit werden zum einen Pflegedienste von einfachen Hilfsleistungen entlastet; auch die Inanspruchnahme von Pflegeheimen würde sinken. [FW].

